Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 12

Artikel: Der politische Kampf um die Abschaffung der Schweizer Armee

Autor: Jaun, Rudolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-976333

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der politische Kampf um die Abschaffung der Schweizer Armee

«Bürgerliche lancieren eine Anti-GSoA» — die «Allianz Sicherheit Schweiz». Dies die Schlagzeile von Schweizer Radio und Fernsehen am 8. Juli 2021, fast 40 Jahre nach Gründung der GSoA. Seit zehn Jahren will auch die SPS die Armee abschaffen, aber weder GSoA noch SP machen sich ernsthaft daran. Braucht es jetzt eine Anti-GSoA?

Rudolf Jaun

Dieser Artikel geht der Entwicklung der Organisationen nach, welche seit den 1970er-Jahren auf den Abbau und die Abschaffung der Armee zielen, und analysierte ihre Denkmuster und Aktionsformen.

Die Suche nach Frieden durch Abbau der Armee

«Frieden durch Abrüstung» wurde schon vor dem Ersten Weltkrieg und noch mehr nach den vier Jahre dauernden Materialschlachten zur Devise des Pazifismus und des linken Antimilitarismus. Diese erblickte in der Armee zunehmend ein Instrument der Klassenherrschaft. So lehnte die SPS seit 1917 jährlich das Militärbudget ab.

Erst unter dem Eindruck von Faschismus und Stalinismus verliess die SPS diesen militärpolitischen Pfad und unterstützte die Armee seit Mitte der 1930er-Jahre. Nach dem Zweiten Weltkrieg trug sie die Ersatzinvestitionen in die Erneuerung und Reform der Armee getreulich mit, nicht ohne jedoch Distanzmarker zu setzen.

Neugründungen zu Kriegsende

1945 entstanden aber zwei Organisationen, welche die Abrüstungsidee wieder aufnahmen: die «Friedensbewegung», welche sich im Dienste der kommunistischen Weltbewegung auf die Schwächung westlicher Wehranstrengungen konzentrierte und der «Friedensrat», welcher auf breiter religiös-sozialer Grundlage eine internationale, kollektive Sicherheits- und Aussenpolitik propagierte.

Der Abrüstungsidee und damit der Fixierung auf die Verbannung von Waffen folgte aber auch der Friedensrat, indem er sich gegen die Option für eine schweizerische Atombewaffnung (Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung) stellte und 1972 eine erste Waffenausfuhrverbots-Initiative unterstützte.

Waffen im Zentrum des politischen Kampfs

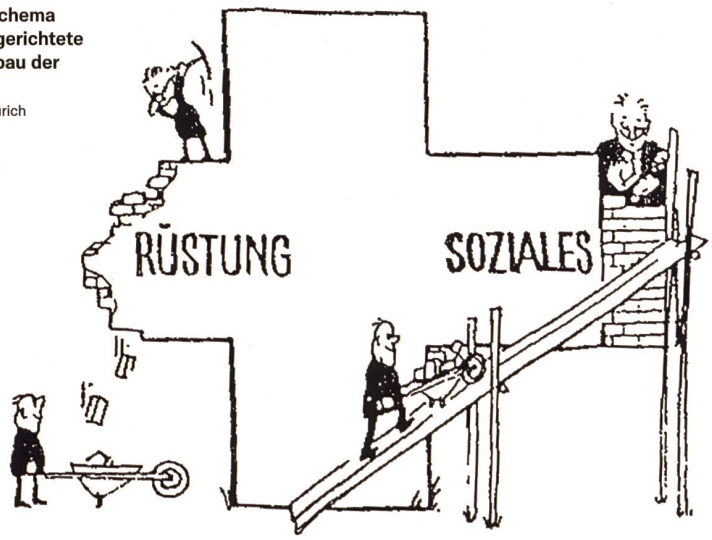
Die Fixierung auf das Verbot von Waffenausfuhr und den Abbau der Waffenbeschaffungen für die Schweizer Armee sollte eine Konstante der Aktivitäten der diversen Friedensgruppierungen werden, welche sich 1973 als «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot ARW» konstituierten. Nachdem die 1982 gegründete «Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee GSoA» 1989 mittels einer Volksinitiative zum Tabubruch der «Schlachtung der Heiligen Kuh Armee» aufrief und 35 Prozent Ja-Stimmen erreichte, formierten sich die ARW und die SPS 1991 zur Gesellschaft «Friedenspolitische Initiativen» und brachten 1997 eine weitere Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr und im Jahre 2000 eine Initiative zur Umverteilung der Hälfte des Militärbudgets zugunsten von mehr Friedensaktivitäten zur Abstimmung. Beide wurden abgelehnt; 2001 löste sich die ARW auf.

Abgelehnt wurde bereits 1993 auch eine Initiative der GSoA gegen die Beschaffung von F/A-18 Kampfflugzeugen. Damit erreichte die GSoA zwar einen Höhepunkt ihres mit viel «gsoatischem Ulk» betriebenen Campaigning, musste aber 2001 im Rahmen einer zweiten Abschaffungs-Initiative mit gerade 21 Prozent Ja-Stimmen eine herbe Niederlage einstecken.

Aber die GSoA als radikale Armeegegnerin, welche immer wieder junge Menschen anzieht, blieb bestehen und verlegte sich auf die Unterstützung aller Vorstösse zur Schwächung der Schweizer Armee. 2009 wurde ein weiteres Verbot von Kriegsmaterial-Exporten abgelehnt und 2018 erfolgt eine erneute Exportverbots-Initiative in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative), welche jedoch wegen Aufnahme der Hauptanliegen ins Waffenexport-Gesetz zurückgezogen werden dürfte.

Die Vision der SP

Die insgesamt vier Initiativen für ein Verbot von Waffenexporten zeigen, mit welcher Persistenz die Tilgung der nationalen Waffenproduktion als notwendiger Heilungs-



Nach diesem Schema verfolgen linksgerichtete Kreise den Umbau der Schweiz.
Bild: Sozialarchiv, Zürich

prozess auf dem Weg zum internationalen Frieden hochgehalten wird. Dazu kommen die nach dem Ende des Kalten Krieges einsetzenden Demarchen gegen Beschaffungsvorhaben der Schweizer Armee, die ebenfalls dem internationalen Frieden dienen sollen: F/A 18, Gripen, Kredit Luftverteidigung, F-35.

Ein SP-Sekretär aus dem Aargau brachte diese Vision auf den Punkt: «Fernziel unserer sicherheitspolitischen Bemühungen wird über die Zwischenstation der Rüstungsbeschränkung, dem Abbau der Waffenarsenale schliesslich die Abschaffung aller Armeen dieser Welt sein.»

Grundlinien des friedenspolitischen Heilungsprozesses

Abbau der Waffenarsenale und Abschaffung aller Kampfverbände ist zweifellos ein Schwerpunkt im Kampf für den Abbau und die Auflösung der Streitkräfte der Welt. Der friedenspolitische Heilungsprozess durch die Beseitigung von Waffen beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Abrüstung bis auf den Nullpunkt. Er umfasste eine ganze Palette von Massnahmen im Rahmen eines gesellschaftlichen Gesamtprozesses zum Frieden.

Peter Hug, der wohl einflussreichste konzeptionelle Kopf der schweizerischen Aktionen für die Umgestaltung der Armee im Sinne einer friedenspolitischen Agentur, hat 1991 nach dem Ende der kommunistischen Weltbedrohung einen grundlegenden Artikel zur «Siebendimensionalen Friedenspolitik: konzeptionelle Überlegungen angesichts neuer europa- und weltweiter Herausforderungen» im Blatt Nummer 10 der «Neuen Wege» der religiös-sozialen Bewegung publiziert. Diese «Überlegungen» fundieren die militärpolitischen Aktionen der sozialdemokratisch-sozial-religiösen Gruppierungen nachhaltig und bilden die Grundlage für «Friedenspolitische Initiativen» der 1990er-Jahre und über die Jahrtausendwende hinaus.

Der friedensbewegte Massnahmenkatalog

Frieden wird als transnationaler Prozess verstanden, der «Gewalt vermindert und Gerechtigkeit fördert». Als gesamtheitlich-gesellschaftlicher Wandlungsprozess soll Friedenspolitik die souveräne nationale Staatlichkeit unterlaufen: «Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit» weltweit stärken; gesellschaftliche «Gruppen, Regionen und Staaten» sollen «internationale Regimes» etablieren und möglichst vielfältige und gerechte Austauschbeziehungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur herstellen. Aber auch «die Fähigkeit, auf den andern hin und vom andern her mit Empathie zu denken ermöglichen».

Um diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozess einzuleiten seien folgende «gesellschaftliche Veränderungen» notwendig:

- «Entmilitarisierung, Abrüstung und Umbau von militärischer Produktion und Verwaltung auf ziviles, ökologie-, sozial- und friedensverträgliche Wirtschaften (Rüstungskonversion);
- Ökologisierung der Wirtschaft auf der Grundlage eines neuen Lebensstils;
- Überwindung des Patriarchats, denn in keinem gesellschaftlichen Bereich bildet sich die Geschlechterlinie (...) so radikal einseitig ab wie in den Wissenschaftszentren zur Fortentwicklung von Rüstungshochtechnologie und in den Militärapparaten.

Dieses nicht gerade bescheidene friedenspolitische Programm führt zum Aufruf zur Erweckung der Völker und zur Attacke auf die Akteure, welche dem Frieden im Wege stehen: «Wie lange haben wir noch Geduld

SCHWEIZ OHNE ARMEE

Jetzt gilt's!

45.3 C
WOZ 21.12.83

Die Schweizer Armee hat keinen Sinn:

Schaffen wir sie ab!

Bereits ist der «Day after» in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Sind wir uns demnach über die Days before bereits einig?
Wäre es nicht denkbar, dass der Day after und mit ihm das Ende von Leben, wie wir es bisher verstanden haben, schneller kommt, als uns lieb ist, weil wir in den Days before die Möglichkeiten zur Abwehr eines Day after nicht erkannt und ausgeschöpft haben?

Zynismus und Illusionen

Die meisten Regierungen bieten derzeit zur Verhinderung eines selbstmörderischen Atomkrieges nur immer mehr Waffen und Raketen an, neben Zynismus und der irrationalen Erwartung, die Dinger würden dann doch nicht verwendet werden. In der Schweiz werden von Militärs und Politikern vor allem Illusionen verbreitet: Armee und Zivilschutz sollen uns ein Überleben sichern, wo Leben nicht mehr lebenswert wird.

Radikale Umkehr

Wir sind da anderer Meinung. Eine radikale Umkehr, ein radikales Umdenken tun not. Das Denken in Kategorien des Militärs, die Verschwendung von acht Milliarden Franken jährlich für «unsere Armee», können

Hunderte reichen noch nicht aus

Abkehr vom Militarismus: Dies schafft uns die Voraussetzungen dafür, dass wir die Möglichkeiten, die sich uns auch in der Schweiz – gerade uns in der Schweiz – zur Verhinderung eines Day after bieten, ausschöpfen können.
Die Abschaffung der Armee machte uns frei zur Verwirklichung der Möglichkeiten, die sich uns bieten, Leben zu wahren und friedlichen Verhältnissen näherzukommen. Eine entsprechende Volksinitiative könnte dazu Wesentliches beitragen.

Deshalb haben 120 Menschen am 12. September 1982 die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) gegründet. Seither haben sich Hunderte der GSoA angeschlossen und ihr ihre Unterstützung zugesichert. Allerdings – so scheint es gegenwärtig – sind wir noch zu wenig, um am 11. März 1984 anlässlich unserer nächsten Vollversammlung in Solothurn die Lancierung der Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee mit der Überzeugung beschliessen zu können, dass wir in den folgenden 18 Monaten die erforderlichen 100 000 Unterschriften auch zusammenbringen werden.

Auch Du bist gefragt

Deshalb ist es wichtig, dass alle, die diesem Projekt Sympathien entgegenbringen, dies auch klar zum Ausdruck bringen. Denn jetzt gilt's: 1984 können wir einen mutigen Schritt in Richtung einer lebenswerten Zukunft tun. Alleine schaffen wir ihn aber nicht.

Stille Sympathisanten können uns nicht ermutigen, im kommenden Frühjahr diese bedeutsame Volksinitiative zu lancieren. Nur wenn auch Du zeigst, dass Du selber aktiv werden willst dafür, können wir gemeinsam die Kraft dazu finden.

Ich bin bereit, mich aktiv für eine Schweiz ohne Armee einzusetzen:
☐ Ich werde für die Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee Unterschriften sammeln.
☐ Ich zahle . Franken auf Euer PC 40-37315 ein.
☐ Ich wünsche, in einer Eurer Regionalgruppen mitzuwirken.

Vorname und Name

Gruppe für eine Schweiz

◀ **Schweiz ohne Armee: Eine Kampagne der GSoA aus dem Jahr 1983.** Bild: WOZ, 21.12.1983

mit denjenigen, die fortfahren, menschliche und finanzielle Ressourcen in den Militärbürokratien und in der Aufrüstung zu verschleudern, statt endlich die grossen Herausforderungen des Friedens anzunehmen (...), bis wir uns konkret verbünden mit den sozialen Bewegungen in der ganzen Welt, um gemeinsam der vereinigten Internationale aller Militärkasten und Umweltzerstörer entgegenzutreten, sie zu entmachten, mit dem neuen Denken endlich zu beginnen?»

Von Interesse ist nun die Frage, wie dieses grosse und grundsätzliche Denken in der nationalen Sicherheits- und Militärpolitik der Schweiz umgesetzt werden sollte und soll?

FRIEDEN UM JEDEN PREIS, ABER AUF KOSTEN ANDERER

Während in anderen, bedrohten Ländern die Sorge um die existenzielle Sicherheit zu glaubhaften Anstrengungen zu deren Behauptung führt, sind in der Schweiz immer die gleichen Grundsatzdiskussionen im Gang – geschürt von Leuten und Gruppierungen, die zwar auch den Frieden wünschen, um jeden Preis, sicher aber auf Kosten anderer und vor allem ohne eigene Armee.
Die Abschaffung der Schweizer Armee als Vorleistung für Frieden oder irgendetwas ähnliches. Besser als ideologische Gräben und Vorurteile zu pflegen, wäre es zuzuhören, auch Professor Jaun und der Stimme aus seiner Forschungsarbeit (Geschichte der Schweizer Armee).
Er bringt uns Organisation, Denkmuster und Aktionsformen zum politischen Kampf um Abbau und Abschaffung der Schweizer Armee näher. Ein zutiefst nachdenklich stimmender Beitrag. Helfen wir mit, ihn zu hören und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Michael Arnold, Stv. Chefredaktor

Zehn-Punkte-Programm und die «Friedens-Initiativen»

Bereits 1989 hatten Friedensrat und ARW ein Zehn-Punkte-Programm «für eine demilitarisierte, zivilisierte Schweiz» veröffentlicht. Um Frieden ging es nur am Rand (mittels einer Neuorientierung der Aussenpolitik) – sieben von zehn Punkten betrafen eine Beschneidung der militärischen Landesverteidigung: die Abschaffung Gesamtverteidigung, Umweltschutz anstatt Armee, die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, ein Verbot des Ordnungsdienstes, die Abschaffung Militärjustiz, keine Wiederholungskurse, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter.

Das Zehn-Punkte-Programm zeigte eine Mischung von alten Allergien und Distanzmarkern der SP zum Militär und einem zukünftigen zentralen Anliegen der «Friedens-Initiativen»: Abrüstung und insbesondere Abbau der Rüstungsproduktion durch Rüstungskonversion. Sie bildet das Zentrum der Friedensschaffung durch Elimination aller Waffen – eine Art Exorzismus. Die Vertiefung von Konzepten der Rüstungskonversion steht wesentlich im Zusammenhang mit der erneuten Initiative für ein Kriegsmaterial-Exportverbot und für eine Halbierung des Militärbudgets zugunsten von mehr «Frieden». Sie sollten dem Argument des Arbeitsplatzverlustes den Wind aus den Segeln nehmen und so die Gewerkschafter beruhigen.

Die beiden Initiativen operationalisierten die fundamentale Idee, durch einen Abbau der schweizerischen Waffenproduktion und -beschaffung einen erhofften Impuls auf einen global gedachten Friedensprozess auszulösen. Die beiden Initiativen scheinen jedoch auch dem Bedürfnis der friedensbewegten Aktivisten zu dienen, sich von allem, was militärischen Kampf bedeutet, zu distanzieren.

Die sogenannten «Friedens-Initiativen» standen zudem in Konkurrenz zu einer zweiten Armeeabschaffungs-Initiative der GSoA, welche ein Jahr nach der Umverteilungsinitiative im Jahre 2000 ebenfalls deutlich Schiffbruch erlitt. Die SPS war bereit, eine national und international als Menschenrechts-Supportverband einsetzbare Truppe zu unterstützen. Die Funktion der Armee wurde neu vom Frieden hergedacht. Die SPS opferte dafür aber eine modern ausgerüstete Staatsbürger-Armee, die in der Lage ist, als Interventionsarmee Gefechte gegen bewaffnete Gruppierungen variierender Grösse durchzustehen. Immerhin konnte sich die SPS vorstellen, Truppen zur Wahrung der Rechte von Menschen nun auch national einzusetzen, was die Linke noch wenige Jahre zuvor in Erinnerung an Ordnungsdienst-Einsätze, vor allem bei Streiks, mit Vehemenz verweigert hatte.

Alternative Konzepte der Linken

Im Rahmen der in den 1990er anstehenden Rüstungsvorhaben (F/A-18) und der angelaufenen Kaskade von Armeereformen begann die SPS nun eigene, alternative Konzepte (Lutz Unterseher: Die Landesverteidigung der Schweiz, 1995) von Friedens-Streitkräften zu präsentieren, welche zum Ziel hatten, das Armeebudget zu beschneiden und die Modernisierung der Mittel einer auf verschiedenem Niveau kampffähigen Armee mit dem Argument einer einzulösenden «Friedensdividende» zu beschränken. Immer verlangte die SPS fortan mehr Abbau und tiefere Bestandeszahlen als vom VBS vorgeschlagen, um den ideologischen Abbaudiskurs auf der medialen Bühne weiter zu pflegen. Diesem Ansatz folgte 2010 eine neue Doppelstrategie: «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Schweizer Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden», um dann «durch internationale Truppen zur Friedenserhaltung» ersetzt zu werden. Um den massiven Ab- und Umbau weiterzutreiben, werden entsprechende Expertisen (Acamar-Analyse zur Schweizer Luftraumverteidigung) und billige Alternativ-Beschaffungen (Leonardo M-346FA) eingebracht und die Vorlagen des VBS mit Ressentiments bedienenden Argumenten (Luxus-Kampfjets, exorbitante Steigerung der Militärausgaben, US-Abhängigkeit, usw.) bekämpft.

Die Schweizer Armee wurde in den letzten 30 Jahren massiv umgebaut und viele Mittel, welche unter der Konzeption der Abwehr von 1966 notwendig waren, abgebaut. Bis «internationale Truppen der Friedenserhaltung» weltweit und auch bei uns dafür sorgen, dass organisierte Gewalt und Krieg nicht mehr «als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» benutzt wird, lohnt es sich, dieser Bedrohung mit ihrem verschiedensten Intensitätsgraden mit adäquaten, nicht billigen zivilen und militärischen Mitteln, entgegen zu treten. ■

Oberst a D Rudolf Jaun
Prof. Dr.
Em. Dozent, MILAK und Uni Zürich
8057 Zürich